

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erläuterte, der Ausschuss habe die Verwaltung mit Beschluss vom 15.09.2011 beauftragt, ein Radwegekonzept zu erstellen. Nach gründlicher Untersuchung und Definition der Aufgabenstellung werde jetzt von einem Auftragsvolumen von ca. 50.000 € ausgegangen. Mit dem Doppelhaushalt 2011/12 seien aber insgesamt lediglich 30.000 € für die Verkehrsplanung zur Verfügung gestellt worden. Die Verwaltung habe natürlich versucht, die zusätzlichen Kosten in Höhe von 20.000 € aus anderen Kostenstellen zu finanzieren. Dies sei aber leider nicht möglich, weil die Ansätze so eng kalkuliert seien. Zur überplanmäßigen Bereitstellung der für das Radwegekonzept erforderlichen Haushaltsmittel benötige der Kämmerer einen entsprechenden Beschluss des Fachausschusses.

Abg. Krauß bestätigte, aus der Sicht seiner Fraktion habe die Verwaltung in der Vorlage plausibel dargelegt, warum die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht ausreichen. Die von der Verwaltung dargestellte Leistungsbeschreibung entspreche der seinerzeit einvernehmlich festgestellten Zielsetzung. Die Verwaltung habe zugesichert, die Stadt Bonn in die Planungen mit einzubinden. So könne die in anderen Bereichen schon bestehende gute Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Seine Fraktion halte das Projekt auf jeden Fall für förderungswürdig.

Abg. Nöthen schlug vor, auch die Touristikvereinigungen in die Planungen mit einzubeziehen.

Abg. Metz führte aus, es sei sicherlich eine Herausforderung, sowohl nach innen mit den kreisangehörigen Gemeinden, als auch mit den Nachbarreisen und der Stadt Bonn zu kooperieren, um die Lücken im Radwegenetz zu schließen. Er sei aber zuversichtlich, dass dies gelinge. Dies bestätigten auch die regelmäßig stattfindenden Gemeinschaftssitzungen mit Bonn, in denen der Kreis und die Stadt Bonn die Interessen der Region schon mehrfach gemeinsam formuliert hätten. Ein Radwegekonzept sei nicht zuletzt deshalb eine sinnvolle Investition, weil es gerade in diesem Bereich erhebliche Fördermöglichkeiten des Landes bzw. der Bezirksregierung gebe. Bezogen auf den Vorschlag des Abg. Nöthen machte er deutlich, der Tourismus spiele zwar beim Radverkehr immer eine Rolle, aber speziell in diesem Bereich habe man bereits gute Projekte wie den Siegtalradweg oder das Projekt RadRegionRheinland. Jetzt gehe es in erster Linie um den Radverkehr im Alltag. Die Infrastruktur solle so ausgebaut werden, dass die Menschen auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen das Rad benutzen und dadurch die Straßen entlasten. Das sei eine wichtige Zielsetzung. Insofern sollte man den Touristikbereich einbeziehen, aber den Schwerpunkt auf das „Rad als Verkehrsmittel im Alltag“ setzen.

Abg. Tendler bekräftigte, auch seine Fraktion unterstütze das Projekt und die erforderliche Bereitstellung der zusätzlichen Finanzmittel. Es sei sowohl für den Tourismus, als auch für die Allgemeinheit von großem Interesse. Radverkehr sei nicht zuletzt auch ein Gesundheitsthema.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya ergänzte, im Rahmen des geplanten Workshops mit dem Gutachter und den unterschiedlichen Akteuren könne auch das Thema Tourismus angesprochen werden.

Abg. Albrecht wies darauf hin, er habe der Vorlage entnommen, dass der Workshop mit den Entscheidungsträgern der Verwaltung und den verkehrspolitischen Sprechern der Kreistagsfraktionen geplant sei. Er erkundigte sich, warum eine Teilnahme des ADFC nicht vorgesehen sei. Darüber hinaus rege er an, bei der Abstimmung mit den sonstigen Trägern auch den „Naturpark Rheinland“ zu beteiligen.

Abg. Metz erwiderte, wenn man den „Naturpark Rheinland“ beteilige, müsse man auch alle

anderen Touristikorganisationen einbeziehen. Er betonte nochmals, bei dem jetzt in Auftrag gegebenen Radverkehrskonzept sollte man sich auf den Schwerpunkt „Radverkehr im Alltag“ konzentrieren.

Planungsdezernent Jaeger ergänzte, der ADFC werde von Beginn an in den Abstimmungsprozess mit einbezogen. Lediglich eine Beteiligung an dem Workshop sei nicht vorgesehen, da hier die Rahmenbedingungen von Auftraggeberseite festgelegt und notwendige politische Grundsatzentscheidungen getroffen werden sollen.